

Inhaltsverzeichnis

2-6 DSW-Mitteilungen

- 2 Neue Steuer: Ein teurer Irrweg
- 2 Wie weit geht die Aufklärungspflicht der Banken bei Provisionen?
- 3 Börsengang-Checkliste der DSW: Das 1x1 der IPOs
- 4 Massiver Aufschlag: Russische Quellensteuer sorgt für Verunsicherung
- 4 Argentinien: Erfinderische Argentinier umgehen Forderungen von US-amerikanischen Hedgefonds
- 5 Delisting: Pragmatische Lösung bei GK Software
- 6 Planspiel Börse: DSW unterstützt erneut Börsenspiel
- 6 HAC-Marktkommentar: Deutsche verlieren 23 Milliarden Euro

7 Aktivitäten der Landesverbände

- 7 Gläubigerversammlung bei Green Planet

8 Konjunkturmonitor

Stimmung im Euroraum lässt zu wünschen übrig

9 Börsenmonitor

Gewinne vorerst gestoppt

10 Impressum

10 Veranstaltungen – Oktober 2014

11 Mitgliedsantrag

Sieg der Vernunft



Liebe Leserin, lieber Leser,

vor nun rund zwei Wochen haben Zalando und Rocket Internet ihr Börsen debüt gegeben. Man kann dabei sicherlich von einem klassischen Fehlstart sprechen, da die Kurse seither deutlich unter dem Emissionskurs notieren. Nun wird vielerorts analysiert und erforscht, was dies bedeutet und ob dies ein herber Schlag für die Aktienkultur in Deutschland ist, nachdem man doch so viel Hoffnung gerade mit diesen beiden Börsengängen verknüpft hatte.

Die Frage nach unserer Aktienkultur ist sicherlich genau richtig gestellt. Allerdings fällt die Antwort auf diese Frage alles, nur nicht negativ aus. So haben doch gerade die Börsengänge von Zalando und Rocket Internet gezeigt, dass wir Anleger uns nicht mehr blenden lassen von schönen und schrillen Geschichten, sondern genau prüfen, was uns da angeboten wird und welche Risiken damit verbunden sind. Ist es denn ein Zeichen einer guten Aktienkultur, wenn einfach alles gekauft wird, was einem angeboten wird? Wohl nein.

Und so lässt sich heute positiv feststellen, dass wir Anleger aus dem Niedergang des Neuen Marktes doch viel gelernt haben und sich die Unternehmen sowie Altaktionäre für ihre Preisvorstellungen rechtfertigen müssen und nicht wir Anleger blind bei jedem Angebot zuschlagen.

Genau das sollte die weiteren Börsenaspiranten, die auf ihr Debüt auf dem Parkett warten, motivieren, ihre Pläne weiterzuverfolgen. Das dann allerdings zu angemessenen Preisen und mit einer Transparenz, die uns laufend erkennen lässt, wo wir mit unserem Investment stehen und wie es sich entwickelt. Qualität wird sich immer durchsetzen und dies gilt auch bei uns Anlegern. Wir schauen allerdings genauer hin und exakt das ist es doch, was eine gute Aktienkultur ausmacht. Bleiben Sie kritisch!

Ihr Marc Tüngler

Neue Steuer: Ein teurer Irrweg

Laut einer vom Bundesfinanzministerium in Auftrag gegebenen Studie soll die Finanztransaktionssteuer angeblich zwischen knapp 18 und 88 Milliarden Euro zusätzlich in das Staatssäckel spülen. „Diese Zahlenspielerien dürften die Begehrlichkeit der Politik, die umstrittene Steuer einzuführen, nochmals anfachen. Die Spanne zeigt, wie wenig verlässlich solche Schätzungen sind“, ist Marc Tüngler, Hauptgeschäftsführer der DSW, überzeugt.

Nach der Untersuchung liegt der Nominalwert aller in Deutschland gehandelten Wertpapiere bei rund 275 Billionen Euro pro Jahr. Der Verkauf jedes Papiers soll mit 0,1 Prozent des Wertes besteuert werden. Bei hochspekulativen Derivaten, also bei Wetten beispielweise auf Preisschwankungen von Öl- oder Devisenkursen, soll die Steuer bei 0,01 Prozent liegen.

Nach Ansicht der DSW der falsche Ansatz: „Wenn mit der Steuer wirklich der Handel mit potenziell gefährlichen, synthetischen Finanzprodukten an die Kette gelegt werden soll, ist die Belastung von Aktienkäufen völlig unverständlich. Aktien sind solide, bodenständige und volkswirtschaftlich



wichtige Unternehmensbeteiligungen, und eben keine rein spekulativen, synthetischen Geschäfte“, erklärt Tüngler. Die DSW befürchtet, dass die neue Steuer die Privatanleger treffen wird. „Die Fondsgesellschaften werden die Belastung durchreichen. Das schmälert die erzielbare Rendite“, sagt Tüngler. Professionelle Anleger würden dagegen auf andere Märkte ausweichen. „Im Webzeitalter geht das durch einen einfachen Knopfdruck.“

Experten-Tipp von Jella Benner-Heinacher

Rechtsanwältin und stellvertretende DSW-Hauptgeschäftsführerin

Wie weit geht die Aufklärungspflicht der Banken bei Provisionen?

Frage: Seit über zwei Jahren streite ich mich mit meiner Bank darüber, dass sie mich über Provisionen, die ihr zufließen, nicht informiert hat. Ich berufe mich dabei auf die anlegerfreundliche sogenannte ‚Kickback‘-Rechtssprechung des Bundesgerichtshofes. Nun hat mir meine Bank mitgeteilt, dass es sich bei diesen Zahlungen eben nicht um Rückvergütungen (Kickbacks), sondern um sogenannte Innenprovisionen handle. Über die müsse sie die Kunden nicht informieren. Stimmt das so? Was ist denn der Unterschied zwischen Rückvergütungen und Innenprovisionen?

Antwort: Kickbacks sind Teile der Ausgabeaufschläge oder Verwaltungsgebühren, die der Kunde über seine Bank an die Gesellschaft zahlt, die das Produkt anbietet. Im Gegenzug erhält die Bank hierfür wiederum einen Rückfluss, umsatzabhängig direkt vom Anbieter. Der Bundesgerichtshof (BGH) hat

bereits vor einiger Zeit klargestellt, dass die Bank über diese offen auszuweisenden Vertriebskosten auch aufklären muss. Bei den Innenprovisionen handelt es sich dagegen eben nicht um ausgewiesene Vertriebsprovisionen. Bei einem Fonds werden diese nämlich direkt aus dem Anlagevermögen gezahlt, und mindern so den Wert des Anlagegegenstandes. In der Regel sind diese Innenprovisionen also bereits ‚eingepreist‘. Bisher hat der BGH eine Pflicht zur Aufklärung durch die Banken bei Innenprovisionen nur dann anerkannt, wenn diese mehr als 15 Prozent der Anlagesumme betragen. Aber jetzt haben die Bundesrichter ihre Meinung zugunsten der



Anleger geändert: Mit seiner Entscheidung vom 3. Juni 2014 (XIZR147/12) wird vom BGH erstmals auch für Innenprovisionen eine Aufklärungspflicht der Bank wegen eines verdeckten Interessenkonfliktes angenommen. Bedauerlicherweise wird Ihnen diese Entscheidung aber nicht weiterhelfen, da das Gericht diese Aufklärungspflicht erst ab dem 1. August 2014 annimmt.

Börsengang-Checkliste der DSW: Das 1x1 der IPOs

Die Experten sind sich einig: Nach einer längeren Durststrecke könnte 2014 mal wieder ein gutes Jahr für Börsengänge in Deutschland werden. Erstmals seit vielen Jahren stehen viele namhafte Kandidaten Schlange vor der Tür zum Parkett. Die Spanne der IPO-Willigen reicht von Internet-Unternehmen wie Zalando oder Rocket Internet bis hin zum Autozulieferer Hella.

„Für Privatanleger stellt sich vor diesem Hintergrund natürlich die Frage, ob es sich lohnt, solche Neuemissionen zu zeichnen oder aber ob man lieber die Finger davon lassen sollte. Gerade wenn es noch keinen Kurs gibt, sondern nur eine vom Unternehmen festgelegte Preisspanne, ist das oft alles andere als einfach“, sagt Marc Tüngler, Hauptgeschäftsführer der DSW.

Um die Bewertung zu erleichtern, hat die DSW eine Checkliste entwickelt, mit der anhand von Angaben aus dem Börsenprospekt ein kurzer Chance-/Risiko-Check gemacht werden kann. Die Kurzfassung der DSW-Checkliste für Neuemissionen:

Neues Geld oder nur Ausstieg für Alt-Investoren

Verkaufen die Altaktionäre ihre Papiere im Rahmen des Börsengangs und wälzen damit das Risiko auf die neuen Investoren ab, spricht vieles dafür, die Finger von der Neuemission

zu lassen. Frisches Geld kommt so schließlich nicht ins Unternehmen. Erfolgt die Neuemission aber in Form einer Kapitalerhöhung und fließt das Geld, das die Anleger im Rahmen der Zeichnung geben, dem Unternehmen zu, so lohnt sich eine weitere Prüfung.

Transparenz nach dem Börsengang

Die Entscheidung für ein bestimmtes Börsensegment verrät viel darüber, wie groß die Wertschätzung für die Neuaktionäre seitens des Unternehmens wirklich ist. Die Gesellschaften können schließlich zwischen verschiedenen Börsensegmenten wählen, die sehr unterschiedliche Transparenzanforderungen stellen.

Die Spanne reicht vom weitgehend unregulierten Freiverkehr über den nur wenig besseren „Entry Standard“ bis zum „Prime Standard“. So müssen beispielsweise nur im Prime Standard notierte Unternehmen Quartalsberichte erstellen. In den anderen Börsensegmenten erhalten Aktionären dagegen lediglich rudimentäre Informationen über den Geschäftsverlauf.

Die Reife

Börsenreif ist ein Unternehmen eigentlich erst dann, wenn es in der Vergangenheit bereits bewiesen hat, dass sein Geschäftsmodell funktioniert und Gewinne produziert. Verlustbringer gehören in den Bereich des Risikokapitals und sind für Privatanleger eher ungeeignet.

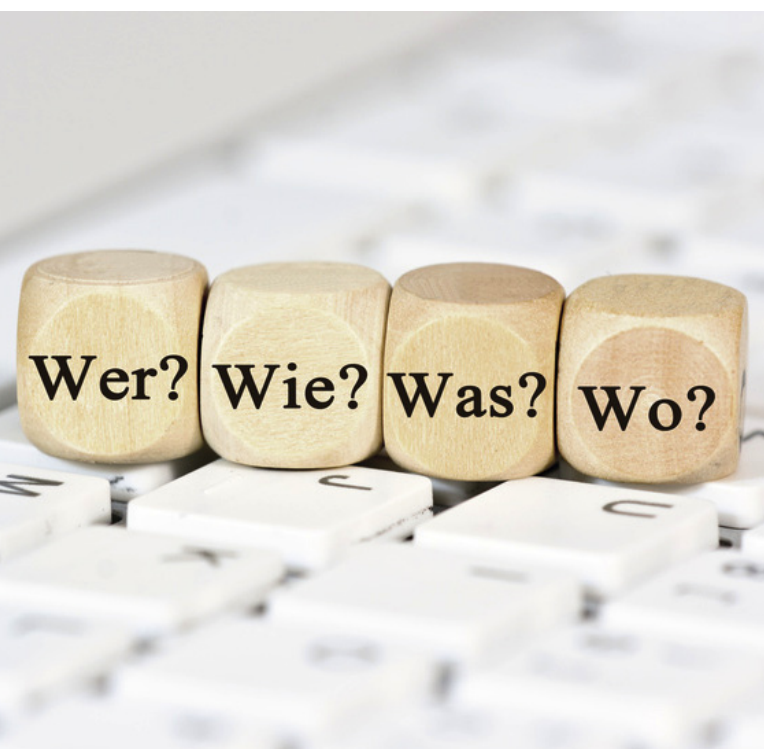
Der Preisvergleich

Wichtig ist auch, dass sich die Anleger darüber klar werden, wie das Branchenrisiko aussieht und ob der aufgerufene Emissionspreis tatsächlich angemessen ist. Hier hilft ein Vergleich mit den Kennzahlen ähnlicher Gesellschaften, die bereits an der Börse notiert sind. Besonders achten sollte man dabei auf das sogenannte Kurs-Gewinn-Verhältnis (KGV) sowie das Kurs-Cashflow-Verhältnis (KCV). Im Idealfall liegt eine Neuemission leicht unterhalb des branchenüblichen Durchschnittswerts.

Die persönliche Note

Natürlich sollte eine Neuemission — wie jede andere Aktie auch — zu der Risikoneigung und der Strategie des jeweiligen Anlegers passen. So ist es beispielsweise für einen Anleger, der bereits einen großen Teil seines Kapitals in Internetwerten investiert hat, in der Regel nicht empfehlenswert, sich noch weitere Unternehmen aus dieser Branche ins Depot zu holen.

Die komplette Checkliste ist unter www.dsw-info.de frei abrufbar.



Massiver Aufschlag: Russische Quellensteuer sorgt für Verunsicherung

Russische Aktien sind bei deutschen Anlegern durchaus beliebt. Immerhin handelt es sich dabei oft um Rohstoffwerte, die als grundsolide und ertragsstark gelten. Doch gerade die attraktiven Ausschüttungen in Form von Dividenden sorgen seit einiger Zeit für Ärger.



Der Grund: Russland hat seit diesem Jahr, den Steuersatz angehoben. Der Quellensteuersatz auf russische Dividendenzahlungen wurde von 15 auf 30 Prozent für börsennotierte Stückaktien erhöht. Die Verdopplung der Steuerhöhe ist nicht nur unschön, sondern sorgt bei Aktionären auch für massive Verunsicherung, wie zahlreiche Anfragen besorgter Mitglieder bei den Steuerexperten der DSW beweisen.

„Die Erstattung der in Deutschland nicht anrechenbaren Quellensteuer in Höhe von 15 Prozent auf russische Dividendenzahlungen könnte über ein Erstattungsverfahren möglich sein. Aktuell liegt jedoch noch kein entsprechendes Antragsformular vom Bundeszentralamt für Steuern vor“, erläutert Steuerexpertin Ellen Ashauer-Moll, Partnerin der Kanzlei Rödl & Partner.

Ohnehin scheint zunächst keine Eile geboten. Die Frist für die Rückerstattung russischer Quellensteuer beträgt drei Jahre ab dem Datum der Dividendenzahlung. Laut der Zahlstelle „Clearstream“ gibt es künftig auch die Möglichkeit der Vorabbefreiung auf den erhöhten Quellensteuersatz. „Damit werden lediglich die in Deutschland anrechenbare Quellensteuern einbehalten“, so Ashauer-Moll. Allerdings sind die Fristen für eine Vorabbefreiungen noch in diesem Jahr bereits verstrichen.

Die Banken können für ihre Kunden aber für nächstes Jahr derartige Vorabbefreiungen bei der russischen Zahlstelle stellen, die den Quellensteuereinbehalt vornimmt. Handelt es sich bei der russischen Zahlstelle um Clearstream, so werden nur von Banken eingereichte Anträge bearbeitet. Doch Vorsicht: Für die Bestätigung des Quellensteuerabzugs erhebt die russische Zahlstelle zusätzliche Gebühren in bislang noch unbekannter Höhe.

Argentinien: Erfinderische Argentinier umgehen Forderungen von US-amerikanischen Hedgefonds

Argentinien macht Nägel mit Köpfen bei seinem Vorhaben, im milliardenschweren Schuldenstreit mit Hedgefonds US-amerikanisches Recht zu umgehen.

Der Senat des südamerikanischen Landes verabschiedete einen Gesetzentwurf, der den Umtausch von nach US-Recht begebenen Staatsanleihen in Papiere nach argentinischem Recht vorsieht. Damit wäre ein Grundsatzproblem gelöst, das insbesondere auch für deutsche Privatanleger ein Nachteil war: Denn US-Richter könnten nun nicht mehr verhindern, dass Argentinien fällige Zinszahlungen an Alt-Gläubiger leistet. Ein Gericht in New York hatte einen Stopp der Zahlungen verfügt und erklärt, erst müsse das Land 1,3 Milliarden Dollar an Hedgefonds um den US-Amerikaner Paul Singer überweisen. Argentinien lehnt das ab. Weil sich das Land dem US-Richterspruch nicht beugen wollte, ist es technisch gesehen Anfang August in die Pleite gerutscht.

Die Berichterstattung über die Entwicklung im Fall Argentinien hat auch viele Anleger in Deutschland verunsichert. Was ist denn nun mit den ausgesetzten Zinszahlungen? Wie geht es weiter? Bei der DSW meldeten sich in den vergangenen Tagen Dutzende Betroffene. Thomas Hechtfisher, Geschäftsführer der DSW, ist vorsichtig optimistisch: „Es ist ein gutes Zeichen, dass Argentinien dem Druck der Hedgefonds nicht nachgibt und nach einer Lösung sucht“, argumentiert er, bleibt aber trotzdem abwartend: „Noch weiß man nicht, ob das neue Gesetz nicht doch noch verhindert werden kann. Bis Klarheit herrscht, muss man abwarten“, so Hechtfisher.

Der Konflikt geht auf Argentinien's Staatspleite im Jahr 2002 zurück. Während sich die Regierung mit den meisten Gläubigern auf einen Teilerlass ihrer Schulden und einen Anleihen-Umtausch einigte, kauften Hedgefonds damals Papiere zu Dumping-Preisen auf und forderten volle Auszahlung des Nennbetrages.

Der Gesetzentwurf wird noch dem argentinischen Repräsentantenhaus vorgelegt, dessen Zustimmung gilt aber als sicher. Es wird erwartet, dass das neue Gesetz kurzfristig in Kraft tritt. Dann stehen erneut Zahlungen an Altgläubiger an.

Delisting: Pragmatische Lösung bei GK Software

Es ist eine der umstrittensten Entscheidungen des Bundesgerichtshofes (BGH) der vergangenen Jahre. Und sie sorgt in der Praxis dafür, dass es in den letzten Monaten zu einer wahren Welle geplanter Delistings – also zur Aufgabe der Börsennotierung – gekommen ist.

Anders als bisher müssen Unternehmen, die sich von der Börse zurückziehen beziehungsweise in ein weniger reguliertes Segment wechseln wollen, ihren Anteilseignern kein bindendes Pflichtangebot mehr machen, geschweige denn einen Hauptversammlungsbeschluss einholen.

Die DSW kritisiert den Richterspruch und die Reaktion vieler Unternehmen darauf scharf: „Der Beschluss kommt einer Schädigung der deutschen Aktienkultur gleich. Damit sind die Minderheitsaktionäre weitgehend der Willkür des Großaktionärs ausgeliefert“, kommentiert DSW-Hauptgeschäftsführer Marc Tüngler die Entscheidung. „Diesen Weg einzuschlagen, ist unfair und benachteiligt freie Aktionäre“, so der DSW-Mann weiter.

Bei GK Software aus Schöneck im Vogtland hat man nun aber eine pragmatische und aus Sicht der DSW sehr positive Lösung gefunden: Auf Druck einiger Aktionärsgruppen ändert das Unternehmen die Satzung in zwei wichtigen Punkten. Zunächst wird festgeschrieben, dass die Anteilscheine des Unternehmens im Sinne des Aktiengesetzes börsennotiert sind – was im Klartext bedeutet, dass ein Handel gewährleistet sein muss und GK-Papiere damit in einem liquiden Börsensegment notiert sein sollten.

Der zweite Punkt geht sogar noch weiter. So wurde den Aktionären auf der Hauptversammlung vor wenigen Wochen ein Verwaltungsvorschlag unterbreitet, durch den ein Delisting ohne Abfindungsangebot (wie der BGH es nun möglich gemacht hat) abgeschlossen wird.

Konkret heißt es da: „Die Börsennotierung kann aufgrund eines Antrags der Gesellschaft nur dann beendet werden, wenn den Aktionären ein Abfindungsangebot nach den Grundsätzen der ‚Macrotron‘-Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (Urt. v. 25. November 2002, II ZR 133/01, BGHZ 153, 47) gemacht wird.

Die Abfindungshöhe kann gerichtlich durch das Prozessgericht am Sitz der Gesellschaft aufgrund eines Antrags eines jeden Aktionärs auf die Angemessenheit überprüft werden. Die Änderung dieser Satzungsregel setzt nach § 179 Abs. 2 S. 3 AktG voraus, dass den Aktionären ein Abfindungsangebot nach S. 1 – 2 gemacht wird.“

Dass es diesen Beschluss gibt, ist insbesondere dem Druck verschiedener Aktionärsgruppen zu verdanken. Die Verhandlungen darüber zogen sich durchaus lange hin. Dennoch: Obwohl die Satzungsänderung ein Einzelfall ist, hat sie für die DSW Symbolcharakter: „Aus der Sicht der freien Aktionäre wäre es ein wichtiger Vertrauensbeweis, wenn die Vorstände anderer Unternehmen ebenfalls solche Satzungsänderungen andenkten würden“, so Thomas Hechtfisher, Geschäftsführer der DSW.

Nötig ist es allemal, denn immer mehr Nachrichten über Delistings erreichen die Anlegerschützer. Tatsächlich wollen mehr Unternehmen die neue Möglichkeit nutzen, sich von der Börse zu verabschieden, ohne Privatanlegern über ein Pflichtangebot die Möglichkeit zu gewähren, aus dem Investment herauszukommen. Jüngere Beispiele sind etwa die Hahn Immobilien AG, Marseille Kliniken oder auch die Magix AG und die Deutsche Steinzeug AG.



Die DSW führt daher eine Liste mit den aktuellen Fällen. Der Zweck der Liste ist, betroffene Anleger immer passgenau über den aktuellen Stand und das weitere Vorgehen im Verfahren informieren zu können. Denn auch wenn die Unternehmen nach dem Delisting vom Kurszettel zunächst verschwunden sind; eine Hauptversammlung müssen sie dennoch weiter abhalten, so lange sie den Status einer AG haben. „Und genau hier werden wir auch bei den delisteten Unternehmen weiter aktiv sein und auf den Aktionärstreffen den Finger in die Wunde legen“, verspricht Hechtfisher. „Wir kämpfen für die Rechte der Privatanleger!“

Planspiel Börse: DSW unterstützt erneut Börsenspiel

Es soweit: Mit dem traditionellen Planspiel Börse geht das größte Börsenspiel Europas wieder an den Start. Gespielt wird mit fiktivem Geld zwischen dem 1. Oktober und 10. Dezember 2014. Quer durch die Republik beteiligen sich Schüler und Studenten an dem Börsenspiel der Sparkassen.



Auch in Düsseldorf sucht die Stadtparkasse ab sofort wieder potenzielle Börsenprofis. Am Planspiel teilnehmen können Düsseldorfer und Monheimer Schüler und Studenten. In der NRW-Landeshauptstadt unterstützt auch die DSW seit Jahren das Börsenspiel. Kein Wunder, denn: „Die Schüler lernen so auf spielerische Weise, wirtschaftliche Zusammenhänge zu begreifen und ein fiktives Startkapital durch ge-

schickte Verkäufe und Käufe in erfolversprechende gute Unternehmen zu vermehren“, erläutert Marc Tüngler, Hauptgeschäftsführer der DSW.

Der Siegeszug des größten Börsenlernspiels Europas begann vor über 30 Jahren. 1983 riefen die deutschen Sparkassen erstmals Schülerinnen und Schüler dazu auf, ihr Gespür für die Entwicklung von Unternehmenswerten an der Börse unter Beweis zu stellen – sie luden zum Planspiel Börse ein.

Das Ziel ist über die Jahre das Gleiche geblieben – die Vermehrung des fiktiven Startkapitals. 2013 testeten rund 40.000 Schüler- und Studentengruppen ihr Börsenwissen. Für alle gilt, den richtigen Riecher hinsichtlich der Entwicklung von Aktien zu beweisen.

Den Siegern winken tolle Preise, ausgelobt sind Preisgelder von insgesamt mehreren tausend Euro. Für die DSW ist das Planspiel Börse allerdings auch von übergeordneter Bedeutung: „Die Aktienkultur in Deutschland ist lange nicht so stark ausgeprägt, wie in vielen anderen Ländern. Dies zu ändern ist eine Kernaufgabe, der sich die DSW verschrieben hat. Und das Planspiel Börse leistet einen wichtigen Beitrag dazu, dem Nachwuchs die Aktienkultur näher zu bringen“, so Tüngler.

HAC-Marktkommentar: Deutsche verlieren 23 Milliarden Euro

Liebe DSW-Mitglieder,

die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) hat zu einer kräftigen Umverteilung innerhalb des Euroraums geführt. Die deutschen Privathaushalte haben seit dem Jahr 2010 etwa 23 Milliarden Euro verloren, die Spanier hingegen wurden um 54 Milliarden Euro entlastet, die Italiener um 39 Milliarden Euro, die Franzosen um 19 Milliarden Euro, die Portugiesen um 16 Milliarden Euro und die Griechen um 13 Milliarden Euro. Die Schuldner profitieren, die Gläubiger verlieren.

Die Zinsersparnis ist in den südeuropäischen Staaten deshalb so hoch, weil dort der Grad der Verschuldung höher ist und weil es dort gang und gäbe ist, flexible Zinsen bei Hypothekendarlehen zu vereinbaren. Sinkt der Leitzins, werden die Schuldner sehr schnell entlastet.

Besonders belastend wirkt sich auf die deutsche Bilanz das Anlageverhalten aus. Der Anteil der Bankeinlagen am Geldvermögen ist bei den Deutschen besonders hoch, so dass

Zinsrückgänge viel stärker spürbar werden. Dies alles zusammengenommen sind die deutschen Privathaushalte in absoluten Zahlen die größten Verlierer der Geldpolitik in der Finanzkrise (Quelle: Weltvermögensbericht der Allianz vom 23. September 2014).

Die hohe Affinität der Deutschen zu mager verzinsten Bankeinlagen wird auch bei der Vermögensentwicklung deutlich. In 53 Ländern steigerten sich die Vermögen der Anleger im Jahr 2013 um etwa 10 Prozent, in Deutschland nur um 4 Prozent. Das Fazit aus dieser Studie liegt auf der Hand: Wir Deutschen müssen umdenken. Längerfristig nicht benötigtes Geld muss zu einem höheren Anteil in Aktien investiert werden.

Sie, liebe DSW-Mitglieder, wissen das. Und es bleibt die Hoffnung, dass die voraussichtlich noch lange andauernde Phase der niedrigen Verzinsung einen so starken Druck auf die Anleger ausüben wird, dass sie ihre Angst überwinden und verstärkt in Aktien investieren werden.

Ihr Wolfram Neubrandner
 Geschäftsführer HAC

Weitere Informationen zum Hanseatischen Anleger-Club finden Sie unter www.hac.de.

Gläubigerversammlung bei Green Planet

Ein wichtiger Termin, den sich Green-Planet-Anleger notieren sollten, ist der 18. November. Dann findet die erste Gläubigerversammlung in Frankfurt statt. „Auf dieser Versammlung sollen die Weichen für das weitere Vorgehen gestellt werden. Da ist die Teilnahme oder das Bevollmächtigen eines geeigneten Vertreters Pflicht“, erklärt Klaus Nieding, Vizepräsident der DSW.

„Wir fordern insbesondere, dass ein Anlegervertreter in den Gläubigerausschuss gewählt wird, damit die Rechte der Anleger bei allen Maßnahmen im Rahmen des Insolvenzverfahrens volle Berücksichtigung finden und die Anleger unmittelbar an allen Entscheidungen beteiligt sind“, so Rechtsanwalt Nieding, der in der Gläubigerversammlung als Anlegervertreter für den Gläubigerausschuss kandidieren wird.

Immerhin geht es um viel Geld: Rund 15 Millionen Euro haben vorwiegend Privatanleger der Green Planet AG anvertraut. Mit dem ökologischen Anbau und Verkauf von Teakholz und Naturkautschuk hatte das Unternehmen geworben und wollte bis zu 13 Prozent Rendite erzielen.



Die Realität sah anders aus. Im April 2014 wurde seitens der Frankfurter Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren wegen Betrugsverdacht gegen die Verantwortlichen der Green Planet AG eingeleitet.

Am 23. Juli kam der Insolvenzantrag. Am 9. September wurde das Insolvenzverfahren eröffnet. Nieding + Barth bietet aufgrund der reichhaltigen Erfahrungen in ähnlichen Fällen allen Geschädigten an, sie auf der Gläubigerversammlung zu vertreten. Neben einer entsprechenden Vollmacht ist dafür eine Kopie der jeweiligen Kaufverträge und der Eigentumsurkunden an den Kautschuk- und/oder Teakbäumen notwendig.

Für etwaige Rückfragen steht Ihnen Herr Rechtsanwalt Klaus Nieding zur Verfügung. Klaus Nieding ist Vizepräsident der DSW.

Sie erreichen Herrn Nieding unter:
 Tel.: (069) 2385380
www.niedingbarth.de



Stimmung im Euroraum lässt zu wünschen übrig

Was die Entwicklung der Wirtschaft angeht, hinkt Europa den USA weiter hinterher; dies signalisieren zahlreiche der jüngst veröffentlichten Konjunkturindikatoren. In den Himmel wachsen die Bäume aber auch in den Vereinigten Staaten nicht.

Schwacher Start in den Herbst: Vorläufigen Zahlen zufolge ist der wichtige Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe im Euroraum im September von 50,7 auf 50,5 Punkte gefallen. Das Pendant für den Dienstleistungssektor gab ebenfalls nach – und zwar um 0,3 auf 52,8 Zähler. Auch der Gesamteinkaufsmanagerindex verzeichnete daher einen Rückgang. Nach einem Stand von 52,5 Punkten im August weist der Index nun ein Niveau von 52,3 Zählern auf – und somit einen niedrigeren Wert als vorab von Experten erwartet worden war (52,5 Punkte). Mit Werten von über 50 Punkten befinden sich aber beide Indizes zumindest noch im Expansionsbereich. Auch das Wirtschaftsvertrauen im Euroraum hat sich leicht eingetrübt; gegenüber dem Vormonat fiel das Economic Sentiment der Europäischen Kommission im September um 0,7 auf 99,9 Punkte.

Ifo-Index gibt erneut nach

Weitaus schlechter fiel der jüngst veröffentlichte Ifo-Geschäftsklimaindex aus. Schließlich gab das wohl wichtigste deutsche Stimmungsbarometer, das sich in der Vergangenheit als guter Konjunkturindikator erwiesen hat, im September bereits zum fünften Mal in Folge nach. Aktuell liegt der Index nur noch bei 104,7 Punkten, nach 106,3 Zählern im Vormonat. Bergab ging es auch mit dem Konjunktur-Index des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW). Gegenüber dem Vormonat sank der Index im September von 8,6 auf 6,9 Punkte. Damit schätzen die befragten Analysten,

Fondsmanager und Volkswirte die Konjunkturerwartungen bereits das neunte Mal in Folge schlechter ein. Dass angesichts dieser Daten auch die Kauflaune der Deutschen schwindet, überrascht nicht wirklich, wengleich sich der Rückgang des GfK-Konsumklimaindex im Oktober um 0,3 auf 8,3 Punkte noch in Grenzen hält.

Auch die Auftragseingänge der deutschen Industrie sendeten zuletzt keine erfreulichen Signale, im Gegenteil. So wurden im August mit einem Minus von 5,7 Prozent selbst die negativsten Erwartungen verfehlt. Die Zahl der Arbeitslosen nahm im September mit 12.000 Personen leicht zu, während die Arbeitslosenquote nach wie vor einen Wert von 6,7 Prozent aufweist.

US-Einkaufsmanagerindizes überzeugen

In den USA ist im Industriesektor die Zuversicht zuletzt ebenfalls gesunken. Mit 56,6 Zählern zeigt der Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe im September aber immer noch ein kräftiges Wachstum an. Erfreulicher präsentierte sich zuletzt der Index für den Dienstleistungssektor, der im August um 0,9 auf 59,6 Punkte stieg. Die Stimmung bei den US-Konsumenten ist ebenfalls intakt. Grund: Im August erzielte der Einzelhandel ein Umsatzplus von 0,6 Prozent im Vergleich zum Vormonat. Der Beschäftigungsaufbau fiel im August jedoch moderater aus als gedacht. Während die Markterwartungen einen Stellenaufbau von 230.000 Jobs erwartet hatten, wurden letztendlich 142.000 neue Arbeitsstellen geschaffen. Die Arbeitslosenquote gab hingegen erwartungsgemäß von 6,2 auf 6,1 Prozent nach.

Auch die Stimmung in Chinas Industrie bleibt weiterhin freundlich, wie der Einkaufsmanagerindex der China Federation of Logistics and Purchasing zeigt. Immerhin verharrte das Stimmungsbarometer im September auf seinem Vormonatswert von 51,1 Punkten.



Gewinne vorerst gestoppt

Rauf, runter, rauf. Der DAX hat im laufenden Jahr etliche Turbulenzen hinter sich und hat auf Monatszeit weitere 8 Prozent verloren. Auch bei anderen Indizes sieht es düster aus. Auf der Verliererseite stehen unter anderem der Dow Jones, Gold, Silber, Rohöl und der Euro.

Die letzten Monate waren bitter für die DAX-Aktionäre. Kriege und Krisen in der Ostukraine, dem Gaza-Streifen, Syrien und dem Irak wirkten sich negativ auf die Stimmung der Anleger aus. Zwar sah es zwischenzeitlich wieder etwas besser aus, aber die Durststrecke ist längst nicht vorbei.

Der heimische Leitindex hat auf Monatszeit weitere 8 Prozent verloren und ist damit unter die „optisch“ wichtige Marke von 9.000 Punkten gerutscht. Die Hoffnung, dass der DAX schon bald die 10.000-Punkte-Marke knacken könnte, ist damit wieder in weite Ferne gerückt. Auch für das laufende Jahr liegt er mit fast 6 Prozent im Minus.

Die kleineren DAX-Brüder M- und S-DAX haben im letzten Monat ebenfalls empfindlich gelitten. So hat der 50-Werte umfassende Mid-Cap-Index in den vergangenen vier Wochen 6 Prozent verloren. Noch größere Verluste musste der S-DAX mit einem Minus von fast 9 Prozent einstecken. Auch der TecDAX büßte annähernd 7 Prozent an Wert ein.

Solange sich die globalen Krisen nicht zunehmend entspannen, ist davon auszugehen, dass sich die Börsianer ebenfalls in den kommenden Wochen zurückhalten werden. Ein Lichtblick bleibt: Aus dem Kreml sind leise Signale von Wladimir Putin vernommen worden. Sein Sprecher hat angedeutet, dass sich Putin am Rande des Europa-Asien-Gipfels mit dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko treffen könnte. Unter Anlegern wächst daher die Hoffnung auf Entspannung.

Reihum Kursverluste

Nicht nur an der heimischen Börse ging es turbulent zu. So verlor der britische FTSE-100 in den letzten vier Wochen mehr als 5 Prozent. Auch der US-amerikanische Dow Jones büßte 0,7 Prozent an Wert ein; der S&P 500 sogar 1,6 Prozent. Dem Euro-Stoxx-50 erging es noch schlechter. Im letzten Monat musste er ein Minus von gut 6,5 Prozent verschmerzen.

Neben den Verlusten in der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten gibt es weitere Verlierer. Es liegt in der Natur der Sache, dass ebenfalls die russischen Anleger die Folgen der andauernden Gewalt in der Ostukraine und der Sanktionen zu spüren bekommen. So ist der russische Leitindex RTS auf Monatszeit um mehr als 12 Prozent eingebrochen. Auch der russische Rubel verliert zunehmend an Wert. Im Vergleich zum Rubel hat sich etwa der eigentlich momentan recht schwache Euro um fast 7 Prozent verteuert. Seit Jahresbeginn ist es sogar ein Plus von 13 Prozent.

Gold und Silber verlieren

Die Suche nach den Gewinnern gestaltet sich aktuell schwierig. Selbst Edelmetalle und Rohstoffe konnten von der anhaltenden Krisenstimmung nicht profitieren. Für Gold ging es in den vergangenen vier Wochen erneut bergab. Der Preis des Edelmetalls sank wohl auch aufgrund des recht robusten Dollars um weitere 4 Prozent. Im letzten halben Jahr büßte Gold somit 7,5 Prozent an Wert ein. Noch schlechter ist es dem Silberpreis ergangen; im letzten Monat verlor das Edelmetall 10 Prozent.

Dass die Märkte nicht nach den üblichen Regeln spielen, zeigt sich auch am Rohölpreis. Den anhaltenden Kämpfen im Irak und Syrien zum Trotz, konnte selbst der Ölpreis nicht profitieren, wenngleich das auch am weltweit hohen Ölangebot liegt. Rohöl der Sorte Brent hat sich in den letzten vier Wochen um fast 9 Prozent verbilligt. Damit kostet ein Barrel (159 Liter) nur noch knapp 90 US-Dollar.

Veranstaltungen – Oktober 2014

Aktien- und Anlegerforen

Im Rahmen unserer **kostenfreien und für jedermann zugänglichen** Aktien- und Anlegerforen präsentieren sich deutsche und internationale Publikumsgesellschaften. So können sich auch Privatanleger aus Quellen informieren, die sonst nur institutionellen Investoren und Analysten offen stehen – so zum Beispiel der unmittelbaren Diskussion mit dem Management. Alle Aktienforen beginnen jeweils um 18:30 Uhr und enden um circa 21 Uhr.

Derzeit sind Veranstaltungen in folgenden Städten geplant:

Datum	Ort	Datum	Ort
21. Oktober	Hannover	28. Oktober	Kiel
24. Oktober	Bonn	6. November	Hannover
27. Oktober	Stuttgart		

➤ **Veranstaltungsübersicht**

Anmeldungen für alle Aktienforen bitte an:
 seminare@dsw-info.de

HAC-Webinare

Informationen bilden die Grundlage für Ihre Entscheidungen. Börsen- und Finanzwissen neutral unabhängig und leicht verständlich zu vermitteln, ist wichtigstes Anliegen des Hanseatischen Anleger-Clubs (HAC). Der HAC bietet interessierten Anlegern nunmehr auch die Teilnahme an Webinaren zu den verschiedensten Themen rund um die Geldanlage an.

Die Teilnahme an den Webinaren ist kostenlos.

Die nächsten Webinare finden statt am:

Datum	Uhrzeit	Thema
23. Oktober	19:00 Uhr	Das leistet der Club für Privatanleger

Anmeldung für alle Webinare erwünscht unter:
www.hac.de/termine.html

Impressum

DSW – Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V.

Peter-Müller-Str. 14 40468 Düsseldorf
 Tel.: 0211-6697-02 Fax: 0211-6697-60
 E-Mail: dsw@dsw-info.de www.dsw-info.de

GESCHÄFTSFÜHRUNG:

Marc Tüngler (Hauptgeschäftsführer), Jella Benner-Heinacher (stv. Hauptgeschäftsführerin), Thomas Hechtfischer (Geschäftsführer)

Vereinsregister, Registergericht Düsseldorf - Registernummer VR 3994

REDAKTION:

Christiane Hölz (DSW e. V.)
 Franz von den Driesch (newskontor GmbH)

Alle im DSW-Newsletter publizierten Informationen werden von der Redaktion gewissenhaft recherchiert. Für die Richtigkeit sowie für die Vollständigkeit kann die Redaktion dennoch keine Gewähr übernehmen.

WERBUNG:

DSW Service GmbH - Peter-Müller-Str. 14 - 40468 Düsseldorf

GESCHÄFTSFÜHRUNG:

Thomas Hechtfischer, Marc Tüngler

ANSPRECHPARTNER:

Christiane Hölz, 0211-6697-15; christiane.hoelz@dsw-info.de
 Handelsregister, Amtsgericht Düsseldorf unter HR B 880
 Steuer-Nr. 105/5809/0389; USt-ID-Nr. 119360964

TECHNISCHE UMSETZUNG:

Zellwerk GmbH & Co. KG

BILDNACHWEIS:

Seite 1 und 2: Matthias Sandmann; Seite 2: © Henry Czauderna - Fotolia.com; Seite 3: © Marco2811 - Fotolia.com; Seite 4: © Lulla - Fotolia.com; Seite 5: © Thomas Pajot - Fotolia.com; Seite 6: © Redindie - Fotolia.com; Seite 7: © zaew28 - Fotolia.com; Seite 1-7 & 10: © H-J Paulsen - Fotolia.com; Seite 8 © EvrinKalinbacak - Fotolia.com; Seite 9: © Petrus Bodenstaff - Fotolia.com; Seite 10 © gena96 - Fotolia.com

Ab sofort: große DSW-Aktion

Jetzt DSW-Mitglied werden alle Vorteile nutzen

erst ab 2015 zahlen



Nutzen Sie die Kompetenz von FOCUS-MONEY

Sie wollen detaillierte Hintergrundinformationen und seriöse Anlagetipps? DSW-Mitglieder erhalten FOCUS-MONEY, Deutschlands modernes Wirtschaftsmagazin, im kostenlosen Abonnement wöchentlich frei Haus.

DSW
Die Anlegerschützer

Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V.

JA! Ich möchte DSW-Mitglied werden

ab sofort: große DSW-Aktion
Jetzt
DSW-Mitglied werden
inklusive **FOCUS-MONEY**
erst ab 2015 zahlen

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____ PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

Den Jahresbeitrag in Höhe von €125,00 zahle ich per Rechnung bequem durch Bankeinzug

Bank _____

Kontonummer _____ BLZ _____

Coupon bitte vollständig ausfüllen und unterschreiben.
Per Post senden an:
DSW –
Deutsche Schutzvereinigung
für Wertpapierbesitz e.V.
Postfach 350163
40443 Düsseldorf
Telefon: 02 11/669701 oder 02 11/669722
Telefax: 02 11/669760
Internet: www.dsw-info.de
E-Mail: dsw@dsw-info.de